



**Gemeinnützige-Gesellschaft-Gesamtschule  
Gesamtschulverband  
Landesverband Schleswig-Holstein**

Dieter Zielinski,  
Langeskovweg 11  
24147 Klausdorf,  
☎ 0431/18402, ✉ Diet\_Ziel@t-online.de

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 15/4802**

An den  
Bildungsausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Per E-Mail

16.08.2004

Betr.:  
**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des schleswig-  
holsteinischen Schulgesetzes**  
(Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW vom 29.4.2004)



**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes** (*Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW vom 29.4.2004*)

Die GGG begrüßt die von den Abgeordneten des SSW in der Reaktion auf die schlechten deutschen PISA-Ergebnisse ergriffene Initiative, eine Veränderung im Schulwesen Schleswig-Holsteins zugunsten einer Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder vorzuschlagen.

Die GGG hat sich an verschiedenen Stellen sowohl durch ihre Bundesorganisation als auch durch den Landesverband Schleswig-Holstein differenziert mit den PISA-Ergebnissen auseinandergesetzt und die nach ihrer Auffassung daraus zu ziehenden Konsequenzen abgeleitet. In Schleswig-Holstein sind diese in einem Positionspapier "Aktionsbündnis für eine konsequente Schulreform", das diesem Schreiben beigelegt ist, ausgeführt worden.

In dem Positionspapier heißt es auf Seite 5 "Demgegenüber lösen die bisherigen Maßnahmen der KMK und der einzelnen Bundesländer nur Teilprobleme, haben die Schulstruktur als Ganzes aber nicht im Blick". Auch wenn im Gesetzentwurf des SSW die Schulstrukturfrage indirekt thematisiert ist, zielt der Antrag mit einer fakultativ möglichen Verlängerung der Grundschule auf sechs Jahre unseres Erachtens zu kurz. Sinnvolle Initiativen müssen das gesamte Bildungssystem in den Blick nehmen. Ausführungen dazu, welche Veränderungen wir für sinnvoll halten, finden sich in dem erwähnten Positionspapier auf den Seiten 5 und 6.

Darüber hinaus befürchten wir, dass die 6-jährige gemeinsame Grundschule, dort wo sie in räumlicher Nähe zu einer bestehenden Gesamtschule entsteht, auch Auswirkungen auf diese haben wird. Beide Schulen würden in einem solchen Fall um ein gemeinsames Klientel konkurrieren. Eine optimale Ressourcennutzung erscheint uns so nicht möglich.

In Kenntnis der organisatorischen und pädagogischen Strukturen der Gesamtschulen halten wir den Übergang von Schülerinnen und Schülern nach einer sechsjährigen Grundschulzeit an eine Gesamtschule für nicht möglich und auch für nicht vertretbar. Zur Zeit werden an nahezu allen Gesamtschulen bei der Aufnahme in den 5. Jahrgang die vorhandenen Kapazitäten voll ausgeschöpft. Freie Plätze zu Beginn des 7. Jahrganges stehen, wenn überhaupt, nur vereinzelt zur Verfügung. Kindern, die die „Erweiterte Grundschule“ besuchen, ist damit der Weg in eine Gesamtschule verbaut.

Zum pädagogischen Konzept der Gesamtschule gehört das soziale Lernen, dessen Grundlagen im fünften und sechsten Jahrgang gelegt werden. Eine Verlagerung des sozialen Zusammenwachsens erst im 7. Jahrgang ist aus entwicklungspsychologischen Gründen nicht sinnvoll. Ebenso problematisch ist die Integration einer größeren Gruppe von Schülerinnen und Schülern im 7. Jahrgang in eine gewachsene soziale Struktur.

Unseres Erachtens spricht vieles dafür, von vornherein eine neunjährige gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen und entsprechende Strukturen zu schaffen. Wir hoffen, dass der Antrag des SSW die Initiative für eine umfassende Schulstrukturdiskussion in Schleswig-Holstein sein wird.

Den Antrag in der vorgelegten Form lehnen wir aus den dargelegten Gründen ab.

Dieter Zielinski<sup>1</sup> (für den Landesvorstand der GGG)

---

<sup>1</sup> Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24147 Klausdorf, ☎ 0431/18402, ✉ Diet\_Ziel@t-online.de



## **Aktionsbündnis für eine konsequente Schulreform**

### **Das Thema Bildung in der BRD**

#### **1. Schwerpunkt Bildung**

Bildung ist zum Schwerpunktbereich innerhalb der Projektvorhaben der OECD avanciert; denn – so die Argumentation – Bildung ist der Schlüssel nicht nur für den Erfolg des Einzelnen, für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit der Nationen geworden, sondern auch für gesellschaftlichen Fortschritt, sozialen Zusammenhalt und für die Festigung der demokratischen Grundwerte.

„Nie zuvor hat Bildung denen, die gut qualifiziert sind, derartig viele Chancen eröffnet. Die Kehrseite aber ist, dass unzureichende Bildungsinvestitionen sinkende Lebensqualität bedeuten, sowohl für den Einzelnen als auch für Nationen.... Mangelnde Bildung wird zudem die Möglichkeiten junger Menschen sich in unserer Gesellschaft wirklich zu engagieren, zunehmend begrenzen.“ (Schleicher, Deutschland im internationalen Wettbewerb, S. 3f.)

#### **2. Gesellschaftlicher Diskurs über Bildungsziele**

Wer Zukunft sichern will, muss Bildung gestalten und das in einer Vorausschau für die nächsten 15 – 20 Jahre. Das verlangt die Entwicklung langfristiger strategischer Bildungsziele. Diese beginnt mit einem Diskurs über die für die Zukunft entscheidenden Kompetenzen der jungen Menschen. Einen solchen gesellschaftlichen Diskurs, unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Träger, gibt es heute in vielen der erfolgreichen OECD Staaten – nicht aber in der Bundesrepublik Deutschland. PISA gibt dazu wichtige Impulse.

#### **3. Impulse durch PISA**

Für Deutschland haben die Schulleistungen im internationalen Vergleich folgende Ergebnisse erbracht:

- Die deutschen Schülerleistungen liegen im unteren Mittelfeld der OECD.
- Es existiert eine ungewöhnlich große Streuung zwischen guten und schwachen Leistungen.
- Die besonderen Probleme liegen im unteren Leistungsbereich. Der Anteil derjenigen, die nur das unterste, elementare Kompetenzniveau erreichen oder sogar noch darunter bleiben - die sog. Risikogruppe -, ist in Deutschland größer als in vielen anderen OECD-Staaten.
- Es gibt einen sehr starken Zusammenhang zwischen Leistung und sozialer Herkunft.

- Migrantenkinder erhalten nur eine besonders geringe Förderung.

#### **4. Problematik des gegliederten Schulwesens**

Wenn man die internationalen Ergebnisse auf dem Hintergrund ihrer jeweiligen nationalen Bildungssysteme vergleicht, zeigt sich, dass das Ziel der frühzeitigen Differenzierung, nämlich leistungsschwächere und leistungsstärkere Schüler durch Trennung in verschiedene Schulformen optimal zu fördern, verfehlt wird. Weder werden in den Hauptschulen leistungsschwächere Schüler besonders gut gefördert, noch ergibt die Auslese der vermeintlich Leistungsstärksten für das Gymnasium eine zufriedenstellende breite und hohe Leistungsschicht.

Die im internationalen Vergleich ohnehin geringe Abiturientenquote in Deutschland relativiert damit auch die Selbstzufriedenheit einiger Bundesländer.

Hinzu kommt die Willkür der Zensurengebung sowie der Übergangsempfehlungen auf weiterführende Schulformen für Kinder derselben Kompetenzstufe.

Damit steht das gegliederte Schulwesen auf einer ebenso fragwürdigen wie fragilen Grundlage mit oft fatalen Folgen für die Schullaufbahn der Kinder, in der das Leistungspotenzial vieler junger Menschen ungenutzt bleibt.

Die Schulsysteme der Länder, die bei PISA die besten Ergebnisse erzielt haben, unterrichten alle Schülerinnen und Schüler mindestens 8 Jahre gemeinsam ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung. Sie erreichen damit

- eine breite und hohe Leistungsspitze,
- ein insgesamt hohes Leistungsniveau in den untersuchten Bereichen und
- im Vergleich zu Deutschland eine wesentlich geringere Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen und ethnischen Herkunft.

#### **5. Ungenutzte Chancen - Einzelmaßnahmen**

Die Kultusministerinnen und Kultusminister der Bundesländer haben trotz dieser deutlichen Signale das Thema Schulstrukturreform von Anfang an tabuisiert und zum Nicht-Thema erklärt. Sie haben stattdessen Maßnahmen beschlossen, die sich zunächst auf den Elementarbereich beziehen, weil sie sich anfangs vor allem bei der Beurteilung jener Faktoren einig waren, die außerhalb von Schule liegen: bei der Verantwortung der Eltern und der Kindertageseinrichtungen.

Inzwischen haben viele Bundesländer - im Konsens mit der KMK – Maßnahmen zur Steigerung von Unterrichtsqualität und Unterrichtswirksamkeit in Gang gesetzt. Die KMK selbst hat im Dezember 2003 die „Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss“ für die Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache verabschiedet, die mit dem Schuljahr 2004/05 in den Bundesländern umgesetzt werden sollen. Allen bisherigen Maßnahmen, auch den an sich richtigen für den Elementarbereich oder den Bildungsstandards, fehlt die

Einbindung in ein strukturelles und didaktisches Gesamtkonzept, so dass sie bislang nur als Kurieren an Symptomen verstanden werden können.

Dagegen ist das Programm des Bundesbildungsministeriums und der sich beteiligenden Länder zur Einrichtung und zum Ausbau von Ganztagschulen ein sinnvoller Schritt zur Minderung von Bildungsbenachteiligung.

Nach den deutlich besseren Ergebnissen von IGLU in einigen Bundesländern kann man inzwischen davon ausgehen, „dass das Schulsystem selbst – d.h. Lernen und Unterricht, Bildungsstrukturen und Bildungspolitik – einen erheblichen Teil der Verantwortung für die durch PISA aufgezeigten Defizite gegen Ende der Schulzeit trägt.“ (Schleicher ebda.)

## **6. Bildungsziele**

**Ziel des Bildungssystems muss es sein, allen Jugendlichen, unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, eine so qualifizierte fachliche und persönliche Bildung zu ermöglichen, dass sie in der Lage sind, selbstbestimmt, kompetent und solidarisch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Für alle muss das jeweils höchstmögliche Niveau fachlicher Leistung und sozialer Kompetenz sowie die Befähigung zur aktiven Teilhabe am demokratischen Gestaltungsprozess angestrebt werden.**

Wenn man an die gravierenden Veränderungen in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren denkt, an die Auswirkungen des technologischen, sozialen und kulturellen Wandels, der wirtschaftlichen Globalisierung und die zunehmende Vernetzung gesellschaftlicher Strukturen, dann müssen die Bildungsziele für die jungen Menschen erweitert werden um Innovationsfähigkeit, die Bereitschaft zu Offenheit, Flexibilität und Mobilität und die Fähigkeit zu vernetztem Denken.

Aufgrund der schnellen Veränderungsprozesse müssen alle jungen Menschen fähig und motiviert sein für lebenslanges bzw. lebensbegleitendes Lernen, und sie brauchen die kognitiven und sozialen Voraussetzungen, um eigenverantwortlich zu lernen.

## **7. Perspektivenwechsel**

Die eben genannten Bildungsziele sind ohne einen radikalen Perspektivenwechsel für die schulische bzw. unterrichtliche Arbeit nicht erreichbar. Jede Schule ist verpflichtet und muss sich darum bemühen, allen Schülerinnen und Schülern wenigstens die untere Stufe des Kompetenzerwerbs zu ermöglichen. Das verlangt von den Lehrenden den Blick auf das einzelne Kind, den einzelnen Jugendlichen, d.h. eine Individualisierung des Lernens auf der Grundlage individueller Lernpläne, die spezifische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen im Bedarfsfall einschließen. Die Devise darf nicht mehr lauten „Dieses Kind, dieser Jugendliche passt nicht in diese Klasse oder diesen Kurs“, sondern die Aufgabe muss lauten „Was kann ich für diesen Schüler oder diese Schülerin tun, damit sie die erforderlichen (Minimal-)Kompetenzen erwerben“.

Lehrkräfte werden damit rechenschaftspflichtig und -schuldig für ihre Arbeit und müssen akzeptieren, dass ihre Arbeit ebenso wie die der Lernenden und des Gesamtsystems Schule künftig intern wie extern evaluiert werden wird, um Qualitätsentwicklung zu sichern und zu steigern.

## **Das Thema Bildung in Schleswig-Holstein**

### **8. Befunde aus PISA E**

Bildung ist in der BRD Ländersache. Deshalb muss ein Diskurs über längerfristige Bildungsziele im Rahmen der zuvor skizzierten allgemeinen Bildungssituation in Deutschland auch im jeweiligen Bundesland selbst geführt werden. Dabei müssen die Ergebnisse aus der PISA E Studie zusätzlich berücksichtigt werden.

- In kaum einem anderen Bundesland ist die Bildungsbeteiligung so gering wie in Schleswig-Holstein. Das gilt auch für die Quote an Abiturientinnen und Abiturienten.
- Fast 45% der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler haben eine verzögerte Schullaufbahn, d.h. sie sind verspätet eingeschult worden, sitzen geblieben oder schräg versetzt.
- Bayern und Schleswig-Holstein sind die Bundesländer mit dem stärksten Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft.

### **9. Reformmaßnahmen in Schleswig-Holstein**

Auch das Bildungsministerium in Schleswig-Holstein hat Konsequenzen aus den Internationalen und nationalen Vergleichsuntersuchungen gezogen und Maßnahmen beschlossen, die – wie in anderen Ländern – Einzelprobleme lösen sollen. Bislang ist nicht erkennbar, dass es ein längerfristig angelegtes Gesamtkonzept gibt, um die durch die Untersuchungen offenkundig gewordenen Mängel abzustellen, um die jungen Menschen auf künftige Herausforderungen vorzubereiten und der gesellschaftlichen Entwicklung eine soziale und ökonomische Perspektive zu geben. Es besteht die Gefahr, dass ohne ein solches Gesamtkonzept alle Aktionen und Reformvorschläge Stückwerk bleiben.

Die folgende Aufstellung der Einzelmaßnahmen bestätigt überdies, dass auch in Schleswig-Holstein die Schulstrukturfrage nicht angefasst wird.

#### **I. Maßnahmen und Initiativen Schleswig-Holsteins im schulischen Bereich**

##### **1. Durchführung regionaler PISA-Foren**

##### **2. Stärkung der Grundschule und der frühen Förderung:**

2.1. Verstärkte Sprachförderung im vorschulischen Bereich und in der Primarstufe

2.2. Konzept für eine verlässliche Grundschule

- 2.3. Verpflichtende Zusammenarbeit von vorschulischem Bereich und Grundschule
  - 2.4. Veränderte Eingangsstufe
  - 3. Ausbau schulischer und außerschulischer Ganztagsangebote
  - 4. Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule:
    - 4.1. Unterrichtsstandards)
    - 4.2. Landesweite Vergleichsarbeiten
    - 4.3. Schulinterne Parallelarbeiten
    - 4.4. Schulabschlüsse
    - 4.5. Externe Evaluation
  - 5. Verbesserung der diagnostischen und methodischen Kompetenzen der Lehrkräfte
  - 6. Neuregelung der Orientierungsstufe
  - 7. Förderung von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen insbesondere solcher mit Migrationshintergrund
  - 8. Unterstützung der Schulen bei der PISA-Auswertung
  - II. Maßnahmen im Bereich Qualitätsentwicklung und –sicherung
    - 1. Amtschefkommission der KMK für „Qualitätssicherung in Schulen“
    - 2. IGLU
    - 3. PISA / DESI-Beirat
    - 4. BLK-Modellversuchsprogramme
- (nach einer Selbstdarstellung des Bildungsministeriums unter [www.lernnetz-sh.de](http://www.lernnetz-sh.de))

## **10. Vorschläge zur Reform der Schulstruktur**

Die Ergebnisse der internationalen und nationalen Vergleichsstudien haben eine Reform des gegliederten Schulwesens nahegelegt. Demgegenüber lösen die bisherigen Maßnahmen der KMK und der einzelnen Bundesländer nur Teilprobleme, haben die Schulstruktur als ganzes aber nicht im Blick.

Deshalb soll im Folgenden ein Gesamtrahmen skizziert werden, für den nicht nur bundesweit Modelle und Positionen von verschiedenen Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten vorlegen, sondern für den gerade auch in Schleswig-Holstein viele Überlegungen angestellt worden sind. Für die folgenden Maßnahmen sind Land und Kommunen gleichermaßen in die Verantwortung zu nehmen.

Die Konsenspunkte:

- ein kostenfreies, flächendeckendes Angebot im vorschulischen Bereich, für den ein klarer Bildungsauftrag zu formulieren ist.
- ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder – unter besonderer Berücksichtigung der sprachlichen Förderung, vor allem der Migrantenkinder -, dessen Anbindung an Kindertagesstätten oder Grundschulen noch zu klären ist.
- eine vierjährige Grundschule ohne Abschlussprüfung

- eine für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsame obligatorische Sekundarstufe I von 5 Jahren, also bis zum 9. Jahrgang, in heterogenen Gruppen und ohne Sitzenbleiben mit einem nach Profilen differenzierten Sekundarstufen I – Abschluss
- eine obligatorische differenzierte zwei- bis vierjährige Oberstufe mit Studien- und / oder Berufsorientierung.

Forderungen für alle schulischen Einrichtungen beziehen sich auf

- ein hohes Maß an Autonomie
- die Umsetzung eines Ganztagschulkonzeptes
- einen Unterricht, der sich an Bildungsstandards orientiert, die nach Kompetenzstufen aufgebaut sind, Mindestniveaus formulieren und als Diagnoseinstrument genutzt werden
- den Einsatz vielfältiger Diagnosemaßnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Unterstützung von lernschwächeren Schülerinnen und Schülern
- eine interne und externe Evaluation zur Qualitätssicherung und –steigerung von individuellen Schülerleistungen wie auch zur Weiterentwicklung des jeweiligen Systems.

Vereinbart in der „Bildungspolitischen Runde“ der GGG am 27.3.2004

GGG (Landesverband Schleswig-Holstein), SSW, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Landeselternbeirat Gesamtschulen, Dagomar Heinz (Landesverbindungslehrer)